

Calmer Tagblatt

Nr. 153.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

97. Jahrgang

Ercheinungswelt: fünf wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 2.50.
Reklamen 7.—. Auf Sonntagsausgaben kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 9.

Dienstag, den 11. Juli 1922.

Bezugpreis: In der Stadt mit Frachtschein 60.— vierteljährlich. Postbezugpreis 60.— mit Beleggeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr abends.

Neueste Nachrichten.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion spricht sich in einer Erklärung gegen eine Erweiterung der Regierung nach rechts aus. Der „Vorwärts“ hält die Zeit für die Auflösung des Reichstags und für Neuwahlen gekommen.

Der Rechtsausschuß des Reichstags nahm gestern die Regierungsvorlage betreffend eine Amnestie für politische Vergehen an. Ein weitergehender sozialdemokratischer Antrag wurde abgelehnt. In der Beratung betonte Reichsverkehrsminister Gröner, daß die Amnestie auf die Beteiligten an dem Februarstreik der Eisenbahnbeamten keine Anwendung finden könne.

„Daily Express“ erklärt, daß an Stelle des Versailler Friedensvertrages ein neuer Friedensvertrag geschlossen werde. Das Blatt hofft, daß Präsident Harding nach dem Novemberwahlen die Signaturmächte des Versailler Vertrags zu einer Konferenz nach Washington einladen werde, um einen neuen Vertrag abzuschließen.

Der Washingtoner Berichterstatter der „Morningpost“ erklärt, er habe von zuverlässiger Seite, ein Eingreifen der amerikanischen Regierung anlässlich der deutschen Krise sei unmöglich. Das einzig mögliche sei der private Beistand.

„Westminster Gazette“ meldet aus New York, es könne auf Grund zuverlässiger Informationen gesagt werden, daß, wenn die Haltung der französischen Regierung in der Frage der Reparationszahlungen nicht in der Weise geändert würde, daß Deutschland Sicherheiten für eine ausländische Antleihe bieten könne, die Vereinigten Staaten kein Geld mehr geben würden.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 10. Juli. Der Reichstag trat in seiner heutigen Sitzung, die er um 5 Uhr nachmittags begann, zunächst in die Beratung des von den Sozialdemokraten, dem Zentrum und der Rechten eingebrachten Initiativgesetzes betreffend die Bezüge von Sozialrentnern ein, das bei der Reichsversicherung neue Lohnklassen, sowie die Erhöhung der Leistungen bei den Invaliden-, Alters- und Witwenrenten um jährlich 3000 Mark vorsieht. Nach kurzer Debatte wurde das Gesetz in allen drei Lesungen einstimmig angenommen mit einer Abänderung, wonach die Unterstützung von Rentenempfängern auch durch Notstandsmaßnahmen erleichtert werden kann. Bei der zweiten Lesung des Gesetzes zum Schutze der Republik erstattete Abg. Dr. Bell (3.) den Bericht über die Verhandlungen des Rechtsausschusses, wobei er hervorhob, daß der Ausschuß die früheren Mitglieder einer republikanischen Regierung außerhalb dieses Schutzes gestellt habe. Auch werde nicht jede Beschimpfung oder Verleumdung eines Regierungsmitglieds unter Strafe gestellt, sondern nur dann, wenn dadurch die Republik herabgewürdigt werde. Der Staatsgerichtshof sei kein nach der Reichsverfassung unstatthafte Ausnahmegericht, sondern lediglich ein Sondergericht wie die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte usw. Eine besondere Berücksichtigung des Laienrechts sei dadurch erreicht, daß fünf Laienrichtern nur zwei Juristen gegenüberstünden. Der Berichterstatter hob die besonders schwierigen und eigenartigen Verhältnisse in Bayern hervor, die es tunlich erscheinen ließen, den berechtigten Wünschen der bayerischen Regierung zu entsprechen, soweit dies mit den Zielen des Gesetzes in Einklang stehe. Andererseits sei aber auch von den Ländern alle gebotene Rücksicht auf das Reich zu erwarten. Die Ausnahmevorschrift für Mitglieder ehemals regierender Familien sei gestrichen worden und die Bestimmung, daß Mitglieder solcher Familien, die ihren Wohnsitz im Ausland haben, das Reichsgebiet nur mit Erlaubnis der Regierung betreten dürften, solle nur angewendet werden, wenn das Wohl der Republik gefährdet erscheine. Der Berichterstatter empfahl schließlich die Annahme der Ausschlußbeschlüsse. Bayerischer Gesandter Dr. v. Preger erklärte, daß die bayerische Regierung mit dem Zweck des Gesetzes grundsätzlich einverstanden sei. Der ursprüngliche Regierungsentwurf mit seinen Strafanforderungen sei weit über das Ziel hinausgegangen und für seine Regierung unannehmbar gewesen. Durch die Beschlüsse des Rechtsausschusses sei zwar ein Teil der Bedenken beseitigt oder doch gemildert, doch habe der Rechtsausschuß eine Reihe grundlegender Bestimmungen der ursprünglichen Regierungsvorlage beibehalten oder sogar noch verschärft, die es der bayerischen Regierung unmöglich machten, dem Entwurf in der Ausschlußfassung zuzustimmen. Das gelte namentlich von den Bestimmungen über den Staatsgerichtshof und seine Zusammensetzung. Dem Hause werde eine Reihe von Anträgen vorgelegt

werden, die die aller schwersten Bedenken der bayerischen Regierung beseitigen könnten. Er bitte, durch ihre Ablehnung das Gesetz für Bayern und die gegenwärtige bayerische Regierung nicht untragbar zu machen. — Die weitere Beratung wurde dann auf morgen vertagt und das Gesetz über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik nach kurzer Aussprache dem Rechtsausschuß überwiesen.

Marksturz und Reparationen.

London, 11. Juli. Die Befürchtungen, die der katastrophale Sturz der deutschen Mark in England hervorgerufen hat, kamen auch in der gestrigen Sitzung des Unterhauses zum Ausdruck. Kenworthy fragte den Minister des Handelsamts, Baldwin, ob er sich klar darüber sei, daß der Zusammenbruch der Mark den Ausfuhrhandel Englands mit Deutschland schwer benachteiligen könne. Baldwin erwiderte, die Regierung sei sich über den Ernst der Lage klar. Lord Henry Cavendish-Bentin fragte den Premierminister, ob angesichts des Schadens, den der Umstand, daß die Reparationsfrage noch nicht geregelt sei, dem europäischen Handel im allgemeinen und dem großbritannischen im besonderen zufüge, die englische Regierung bereit sei, zu Frankreichs Gunsten auf einen Teil oder die Gesamtheit ihrer Ansprüche an die Reparationszahlungen zu verzichten und einen Vorschlag bezüglich der Regelung der französischen Schuld an Großbritannien zu machen. Lloyd George erwiderte, die Frage sei so verwickelt, daß es nicht möglich sei, und wenn es möglich sei, daß es nicht wünschenswert wäre, sie in Form einer parlamentarischen Anfrage zu behandeln. Auf eine weitere Anfrage von Kenworthy erwiderte Lloyd George, es sei unmöglich, daß sich in den nächsten Tagen die Dinge derart entwickeln würden, daß die Regierung den Wunsch haben werde, eine Erklärung abzugeben. Lord Henry Cavendish-Bentin fragte, ob die Regierung keine Politik finden könne, durch die die Schwierigkeiten beseitigt würden. Lloyd George erwiderte, weder er noch die Regierung hätten für die Schwierigkeiten die Verantwortung, sondern mehrere Nationen, deren Interessen miteinander in Einklang gebracht werden müßten. Die Frage sei viel schwieriger, als die Fragesteller anzunehmen schienen. Auf eine Frage sagte Lloyd George weiter, die Deutschen hätten Ersatz an Frankreich und Belgien für den tatsächlich am Eigentum angerichteten Schaden nicht geleistet. Dies sei eine der Schwierigkeiten, die man in Betracht zu ziehen habe.

Paris, 10. Juli. Der „Temps“ schreibt: Angesichts der Erklärungen, die die Staatssekretäre Fischer und Schröder den Mitgliedern der Reparationskommission abzugeben beauftragt seien, und aus denen zweifellos hervorgehen werde, daß die deutsche Regierung einen Aufschub ihrer Zahlungen verlange, erhielten die Sachlieferungen eine noch größere Bedeutung als früher. Die französische Regierung verlange diese Bedeutung nicht und möglicherweise werde sich morgen der Ministerrat damit beschäftigen. Bekanntlich stehe zur Zeit der Durchführung des Wiesbadener und des Berliner Abkommens allein die Zollfrage im Wege. Sobald diese Frage von der französischen Regierung erledigt sei, könnten gewisse Wieder- aufbaugesellschaften Bestellungen in erheblichem Maße in Deutschland machen.

Paris, 10. Juli. Havas teilt mit, daß die Staatssekretäre Schröder und Fischer heute nachmittag private Unterredungen mit einigen Mitgliedern der Reparationskommission, darunter Dubois, hatten. Nach Havas sind bestimmte Schlussfolgerungen erst in einigen Tagen zu erwarten. Erst gegen Mitte der Woche werde die Reparationskommission wahrscheinlich ein offizielles deutsches Ersuchen erhalten. Die alliierten Regierungen könnten sich gegebenenfalls erst nach Eingang des Gutachtens der Reparationskommission mit der Frage befassen. Auf alle Fälle werde dies erst nach Eingang des Berichts des Garantiekomitees geschehen, der Ende Woche sofort bei der Rückkehr des Komitees nach Paris übergeben werden solle.

Die Wiederbesetzung Oberschlesiens.

Oppeln, 10. Juli. Heute fand die Wiederbesetzung des letzten Stückes der wieder an Deutschland fallenden ober-schlesischen Erde durch deutsches Militär ihren Abschluß. Der Festakt wurde eingeleitet durch einen Gottesdienst in der alten Pfarrkirche. Als Vertreter des Reichspräsidenten und des Reichsstaatskanzlers war Reichsarbeitsminister Brauns erschienen. Das Reichsministerium des Innern hatte den Ministerialrat Geheimen Regierungsrat Schmidt, das Auswärtige Amt den Staatsminister von Liers entsandt, die preussische Staatsregierung den Staatsminister des Innern Severing. Nach einem durch den

Oppelner Musikverein zum Vortrag gebrachten Lied übergab Gesandter Dr. E. Kard mit kurzen Worten die Regierungsgewalt dem Oberpräsidenten Bitta. Dieser erwiderte darauf mit einer Ansprache. Nach einem dreifachen Hoch auf unser geliebtes deutsches Vaterland stimmte die Menge „Deutschland, Deutschland über alles“ an. Darauf wurden noch zwei Begrüßungs-telegramme, die vom Reichspräsidenten und dem Reichsminister des Innern, Dr. Köster, eingegangen waren, verlesen. Nach Verlesung der Telegramme entbot Oberbürgermeister Dr. Neugebauer Oppeln der Reichswehr den Willkommen der Stadt. Danach sprach der preussische Minister des Innern, Severing. Er sagte u. a.: Was wir erfahren haben, ist ein Hohn auf den vielgerühmten Grundsatz vom Selbstbestimmungsrecht. Ich danke allen denen, die in den letzten schweren Tagen still und bescheiden, ausdauernd und beharrlich ihre Pflicht getan haben. Die Begrüßungsansprache an die Reichswehr und die Schupo beauftragte Generalmajor von Bedebour mit Worten des Dankes. Mit einer Parade über die aus Infanterie, Kavallerie und Artillerie zusammengesetzte Reichswehr endete die eindrucksvolle Feier auf dem Ring. Daran anschließend veranstalteten die an der Feier beteiligten militärischen und zivilen Vereinigungen einen Umzug durch die Stadt.

Berlin, 10. Juli. Der Reichsminister des Innern, Dr. Köster, hat an den Oberpräsidenten der Provinz Oberschlesien, Bitta, heute folgendes Telegramm geschickt: Zur heutigen feierlichen Wiederübernahme des deutsch verbleibenden Teiles der Provinz Oberschlesien in die deutsche und preussische Verwaltung bitte ich Sie, allen Bewoh- lern der Provinz meine besten Wünsche für ihren Wiederaufbau und ihre geistliche Zukunftsentwicklung auszusprechen. Soweit es in meinen Kräften steht, darf ich versichern, daß auch in meinem Amte alles geschehen wird, um das Land die schwere Prüfungszeit der letzten Jahre vergessen zu machen und die ihm ge- schlagenen Wunden zu heilen.

Zur innerpolitischen Lage.

Stegerwald gegen einen Streik im Ruhrgebiet.

Berlin, 10. Juli. Auf einer am Sonntag in Essen abgehaltenen Konferenz der Funktionäre des Deutschen Gewerkschaftsbundes, an der auch die Betriebsräte der im Ruhrbergbau vertretenen Berufsverbände teilnahmen, nahm der Ministerpräsident a. D. Stegerwald Stellung zur Lage im Ruhrrevier. Er sagte u. a.: Ein Streik im Ruhrrevier ist zur Zeit nicht nur Wahnsinn. Er ist ein Verbrechen. Die französischen Militäristen und Kapitalisten sehnen sich nach dem Ruhrgebiet im industriellen Herzen Deutschlands. Sie erwarten den Zeitpunkt, wo ein Streik alles durcheinander bringt, wo sie sich vor der Welt als Wohltäter der Menschheit aufspielen können, wenn sie die Hand auf dieses Herz, das wir nicht mehr in Ordnung halten können, zu legen in der Lage sind. Wehe den Ruhrberg- leuten, wenn sie unter den Schutz der französischen Bajonette kommen! Das Saargebiet spricht Bände. Ein Streik von nur 14 Tagen würde für Millionen Menschen Arbeitslosigkeit bedeuten. Der Dol- lar würde in kurzer Zeit von 500 auf 1000 klettern. Selbst bei ver- doppeltem Lohn würden dann die Bergleute und die übrige Allge- meinheit nicht mehr so viel Kaufkraft haben wie jetzt.

Berlin, 10. Juli. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, wird sich der Reichsarbeitsminister im Zusammenhang mit der im Ruhrgebiet bei den Verhandlungen für einen neuen Manteltarif im Bergbau entstandenen Spannung heute abend von Oppeln nach Essen begeben, um morgen früh die Verhandlungen mit den Bergarbeitern zu beginnen.

Die Sozialdemokratie für die Auflösung des Reichstags.

Berlin, 10. Juli. Heute nachmittag tritt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zusammen, um über die gesamtpolitische Lage zu beraten. Bei dieser Gelegenheit betont der „Vorwärts“ aufs neue, daß nur durch eine Reichstagsauflösung seiner Meinung nach ein Ausweg aus der verworrenen Lage zu erwarten sei.

Die Sozialdemokratie gegen die Aufnahme der Volkspartei in die Regierung.

Berlin, 10. Juli. In einer Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vor heute nachmittag wurde eine Entschlie- sung gefaßt, in der die Fraktion erklärt, daß das zum Schutze der Republik zu beschließende Gesetz nur von einer entschiedenen republikanischen Regierung durchgeführt werden könne. Die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Regierungskoal- ition würde bei den breitesten republikanischen Massen das Vertrauen auf die Absicht der Regierung, das Gesetz zum Schutze der Republik energisch durchzuführen, aufs tiefste erschüttern.

zur die sozialdemokratische Reichstagsfraktion komme daher die Mitarbeit in einer nach rechts erweiterten Regierung nicht in Frage.

Die Internationale gegen die „deutsche Reaktion“.

Berlin, 10. Juli. Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbunds tagte, wie der „Vorwärts“ berichtet, gestern in Berlin in einer außerordentlichen Sitzung und befaßte sich mit der Frage, in welcher Weise die Arbeiterkraft aller Länder dem deutschen Proletariat in seinem Kampf gegen Reaktion und Monarchismus wirksame Unterstützung leisten könne. Zu diesem Zweck richtet das Bureau einen Aufruf an alle dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Landeszentralen und an die internationalen Berufssekretariate, worin diese aufgefordert werden, in ihrem Lande den größtmöglichen Einfluß dahin auszuüben, daß alles unterlassen werde, was die monarchistische und reaktionäre Propaganda in Deutschland stärken könne und daß alles getan werde, um die demokratischen und republikanischen Bestrebungen zu unterstützen und zu stärken. Das Büro beschloß, die Sozialistische zweite Internationale und die Internationale Arbeitergemeinschaft sozialistischer Parteien (Wien) zu einer gemeinsamen Beipredung einzuladen, um eine einheitliche Aktion zur Bekämpfung der Reaktion in Deutschland herbeizuführen. Diese Tagung soll am 18. Juli in Amsterdam stattfinden und auch Stellung zu der Frage der Abänderung des Versailler Vertrags und zu der Reparationsfrage nehmen.

Berlin, 11. Juli. Der „Vorwärts“ und die „Freiheit“ veröffentlichten den Aufruf des Büros des Internationalen Gewerkschaftsbundes an alle dem Bund angehörenden Organisationen. In dem Aufruf heißt es unter anderem: Das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat mit Befriedigung festgestellt, daß die deutschen Arbeiterorganisationen entschlossen sind, sich mit äußerster Kraft dem Treiben der Reaktion zu widersetzen und die republikanische Verfassung zu verteidigen. Gegen die Reaktionäre jeden Schlages sind die deutschen Arbeiter entschlossen, alle in ihrer Macht stehenden Mittel anzuwenden, um die Eroberungen der Revolution zu schützen. Der Internationale Gewerkschaftsbund erklärt sich rückhaltlos bereit, den allgemeinen Aktionsplan der deutschen Arbeiterkraft mit allen Kräften zu unterstützen. Der Internationale Gewerkschaftsbund weiß, daß die Niederlage der Demokratie in Deutschland die Niederlage der internationalen Demokratie bedeuten würde. Gestützt auf die stolze Lösung des Weltproletariats: Arbeiter aller Länder vereinigt Euch! fordert der Internationale Gewerkschaftsbund von allen seinen Anhängern eine aktive Solidarität. Niemand darf gleichgültig bleiben angesichts des Kampfes, den das deutsche Proletariat zu führen hat. Der Weltfrieden und der wirtschaftliche Fortschritt stehen auf dem Spiel. Jeder wirke darauf hin, daß die Politik der Regierung seines Landes nicht die Stellung der deutschen Reaktionäre stärkt.

Berlin, 11. Juli. Die „Rote Fahne“ veröffentlicht einen Aufruf des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale an die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen, der sich gegen den Eintritt der USPD in die Regierung ausspricht und mit folgenden Sätzen schließt: Proletariat Deutschlands, werft in einheitlicher Front die Reaktion nieder! Nieder mit der bürgerlichen Koalitionsregierung! Es lebe der Kampf um die Arbeiterregierung, das Schwert gegen die monarchistische Reaktion! — Der Aufruf ist aus Moskau vom 8. Juli datiert.

Ausland.

Tschechischer Überfall auf deutsche Turner.

Prag, 9. Juli. Nach einer Meldung des tschecho-slowakischen Pressbüros wurden deutsche Turner, die sich in einem Sonderzug zu einem Turntag nach Komotau begaben, gestern nacht in der Station Wüsten-Deutendorf von einer Menge von 150 Personen aufgefordert, die großdeutsche Tricolore abzulegen. Als die Turner dies ablehnten, kam es zu einem scharfen Zusammenstoß, wobei auf Seiten der Turner 14 Personen verletzt wurden. Den Turnern wurden drei Vereinsfähnen weggenommen.

Auf schiefer Ebene.

Roman von Johannes van Dwall.

„Es ist der Kleinen ganz gut, wenn sie sich ausbreitet“, erwiderte Mariquita mit einer Ruhe, die einen seltsamen Gegensatz bildete zu Wahlendorfs Aufregung. „Was verheißt du übrigens von solchen Sachen und warum mischst du dich in diese Kinderwirtschaft? — In meiner Heimat läßt man die Kinder sich ausweinen, das ist gut für die Lungen; wenn sie fertig sind, dann hören sie von selber wieder auf und werden nicht eigensinnig. Die Engländer sollen es ebenso machen. Nur hier in Deutschland widelt man sie ein gleich Mumien und setzt ihnen jene abscheulichen Mützen auf den Kopf, worin sie aussehen wie junge Affen!“

Sie lachte sehr vergnüglich und harmlos.

„Warum stehst du so da, Leo? ... Bedauerst du deine verdorbene Uniform? — Siehst du, das kommt davon, wenn man sich um ungelegte Eier kümmert, Männer gehören nicht in die Kinderstube ... Wolltest du nicht auch, ich sollte neun Tage Waffersuppen essen? — Pah! ... ich ah mein Fleisch und trank meinen Wein und befand mich sehr gut dabei! ... Ein Feber, wo er hin gehört ... ich kümmere mich auch nicht um deine Amtsgeschäfte.“

Wahlendorf schnitt ein gar seltsames Gesicht. — Er wollte schelten, aber man ließ ihn gar nicht dazu kommen. Im Gegenteil, man schalt ihn selbst und noch dazu in einer Weise, daß er kein Wort der Widerlegung fand. —

Wie sollte er nun erst das Andere vorbringen, was er noch auf dem Herzen hatte?

In diesem Augenblick damit zu beginnen, das widersprach seinem Gefühl. Es hätte das vielleicht so angesehen, als wäre

Amtliche Bekanntmachung.

Ausbruch der Maul- und Klauenseuche.

Die Maul- und Klauenseuche ist ausgebrochen im Gehöfte des Straßenvarts und Farrenwärters Jakob Stahl, beim Rathaus in Eßlingen.

Auf Grund des Viehseuchengesetzes und der §§ 182—192 der Min.-Verf. hiezu vom 11. Juli 1912 (N. Bl. S. 317 ff.) ergeben folgende Anordnungen:

A. Sperrbezirk: Die Gemeinde Eßlingen mit Markung.

B. Beobachtungsgebiet: Markungen Widdberg und Schönbrunn.

C. In den Umkreis von 15 Kilometern um den Seuchenort werden einbezogen sämtliche Gemeinden des Oberamtsbezirks, ausgenommen Enzthal und folgende Gemeinden der Nachbaroberämter:

1. Im Oberamt Calw: sämtliche Gemeinden mit Ausnahme von Monstorf, Liebenzell, Dornbach, Unterreichenbach, Mötzingen, Ostelsheim, Simmshausen, Unterhaugstett.

2. Im Oberamt Neuenbürg: Iggelsloch, Weinberg, Unterlengenhardt.

3. Im Oberamt Böblingen: Deufingen.

Magd., den 8. Juli 1922.

Oberamt: Mü n z.

Prag, 9. Juli. Die deutschen Blätter melden übereinstimmend zu dem Überfall auf die deutschen Turner, daß die angreifende Menge mit Knütteln, Eisenstangen, Steinen und anderen Kampfwerkzeugen bewaffnet war. Den aus dem Schlaf geweckten Turnern wurden ihre Abzeichen, Knäufel usw. entrissen. Die begleitenden Frauen wurden ausgeplündert. 21 Verwundete wurden festgesetzt, wovon einer transportunfähig war. Jrgend eine Provokation lag nicht vor.

Von der Haager Konferenz.

Haag, 10. Juli. Heute hatte der Unterausschuß für die Kredite wieder eine Zusammenkunft mit der russischen Abordnung. Der Vorsitzende des Unterausschusses legte den Russen eine Reihe von Fragen wegen des Wiederaufbaues von Rußland vor. In einer Auseinandersetzung, die dreiviertel Stunden dauerte, erteilte Krassin über diese Fragen Auskunft. Er gab u. a. Auskunft über das Material, das die russischen Eisenbahnen brauchen, und über die landwirtschaftlichen Bedürfnisse. Was die zu erteilenden Konzessionen betrifft, so teilte er mit, daß die russische Regierung nur für neue Eisenbahnlinien Konzessionen erteilen werde. Schließlich machte Krassin noch Mitteilungen über Fragen betreffend den Außenhandel Rußlands. Namens der russischen Abordnung legte Litwinow dem Unterausschuß eine Reihe von Fragen teils politischen, teils statistischen Charakters vor. Ueber die statistischen Fragen wird der britische Abgeordnete demnächst Antwort geben, während hinsichtlich der politischen Fragen der Vorsitzende erklärte, daß sich die Aussprache darüber noch nicht so entwickelt habe, daß man diese Fragen schon beantworten könne.

Kleine politische Nachrichten.

Der 11. August als Nationalfeiertag.

Berlin, 10. Juli. Laut „Vorwärts“ ist ein Antrag der Koalitionsparteien auf Schaffung eines Nationalfeiertags mit folgendem Wortlaut dem Reichstag zugegangen: § 1. Nationalfeiertag des deutschen Volkes ist der Versammlungstag (11. August). Er ist staatlich anerkannter Feiertag im Sinne des Artikels 139 der Reichsverfassung. § 2. An dem Nationalfeiertag sind im Gebiet des deutschen Reichs alle öffentlichen Gebäude in den Reichsfarben zu beflaggen und in allen Schulen für Schüler und Lehrer verbindliche und der Bedeutung des Tages entsprechende Feiern zu veranstalten.

Zu Frankreich der 11. November.

Paris, 8. Juli. (Agence Havas). Die Kammer hat einen Gesetzentwurf angenommen, durch den der 11. November jedes Jahres als Waffenstillstandstag zum Feiertag erklärt wird.

Reichsgesetzliche Regelung der bürgerlichen Feiertage.

Berlin, 11. Juli. Laut „Vorwärts“ hat das Reichsministerium des Innern dem Reichsrat ein Gesetz zugehen lassen, durch das die

er geschlagen und wolle sich nun rächen, indem er den Kampf auf ein anderes Terrain hinüberspielte.

Er stand unschlüssig da und überlegte; Mariquita, einer schönen Schlange gleich, beobachtete ihn lächelnd durch den Rauch des Tabaks hindurch, welcher in kleinen Wölkchen ihm Munde entströmte. Diese junge Frau hatte sehr wenig positives Wissen und sehr wenig Erziehung, aber einen feinen, ihr angeborenen Instinkt. Sie belustigte sich im Stillen über den Kampf in ihres Mannes Brust, dessen ganze Größe sie allerdings nicht ahnte. Außerdem betrachtete sie ihn aber auch mit Wohlgefallen. Wie schön ihr Gatte aussah in dieser Erregung! Sie zog langsam den einen Fuß hervor, — sie sah nämlich stets mit untergeschlagenen Beinen, wie die Türkinen, — dann erhob sie sich leise und ging mit einem Lächeln auf den schmollenden, finsternen Mann zu. Sie nahm grazios die Zigarette aus dem Munde, trat ganz dicht an ihn heran, erhob sich auf die Fußspitzen und blinzelte ihn an aus großen, faszinierenden Augen.

Ein Lächeln, ein Bitten ohne Worte, ein Sträuben von der Dauer einer halben Minute, dann zogen ihn die Blicke seiner Frau herab, seine Brust hob sich, sein Nacken beugte sich fast widerwillig, aber dennoch mehr und mehr, bis ihre Lippen sich fanden und sein Arm sich um ihre biegsame Gestalt legte, bis er sie an sich und sie ihn zum Sopha zog.

Sie steckte lächelnd die Zigarette zwischen seine Lippen und sagte schmeichelnd: „Nun wohl, Geliebter!“ ... rauchen wir die Friedenspfeife ... so!“

So kläglich scheiterte Wahlendorfs erster Versuch, seiner Frau einen ersten Widerstand entgegenzusetzen.

Zwei Tage darauf war über sein Schicksal vollends entschieden. Dieses Mal aber sollte er seine Frau in einer andern Gestalt

Frage der Feiertage reichsgesetzlich geregelt werden soll. Als gesetzliche Feiertage werden bestimmt: die beiden Osterfeiertage, die beiden Pfingsttage, die beiden Weihnachtstage, der 11. August und in Süddeutschland der Fronleichnamstag, in Norddeutschland der Karfreitag. Das Reformationsfest, die Ver- und Wusstage und der 1. Mai bleiben der landesgesetzlichen Regelung überlassen.

Der Reichsrat und die Not der Presse.

Berlin, 10. Juli. Der Reichsrat beschäftigte sich heute mit den Ausschüßberichten über den Entwurf eines Gesetzes über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse. Es wurde ein Antrag Preußens angenommen, in dem es heißt: Bei Veräußerung von Holz durch die zur Gewinnung des Holzes von forstwirtschaftlichen Grundstücken Berechtigten wird eine Abgabe von einem halben Prozent des Verkaufspreises erhoben. Nutznießer von forstwirtschaftlichen Grundstücken unter 10 Hektar bleiben von der Abgabe frei. Die Abgabe ist an die Rückvergütungskasse für die deutsche Presse abzuliefern. Das Gesetz soll vorläufig bis zum 31. Dezember 1922 gelten und in erster Linie soll die kleinere und mittlere Presse berücksichtigt werden. Außer der Umsatzsteuer bei Holzverkäufen wird eine Ausfuhrabgabe von einhalb vom Tausend erhoben.

Vermischtes.

Hamburgs Seeschiffsverkehr auf dem Friedensstand angelangt.

Wenn auch der Anteil der deutschen Flagge im Vergleich zu der Vorkriegszeit noch einen bescheidenen Raum im Hamburger Hafenverkehr einnimmt, aber immerhin von Tag zu Tag wächst, so hat der Gesamtverkehr in unserem größten deutschen Hafen wieder einen Umfang erreicht, der selbst die kühnsten Erwartungen übertrifft. Sind doch im Mai nicht weniger als 1143 Seeschiffe mit einem Raumgehalt von 1 243 815 Netto-Registertonnen in Hamburg angekommen gegen nur 1 193 526 Tonnen im Rekordjahr 1913 zur selben Zeit. Im gleichen Zeitraum verließen Hamburg 1449 Schiffe mit 1 325 714 Netto-Registertonnen gegen 1 253 987 Tonnen im Jahre 1913.

Katholisch-kirchliche Statistik.

Nach der Statistik des Stadtbekamts Stuttgart wurden im Jahre 1921 in Stuttgart 946 Ehen geschlossen, und zwar 274 beiderseits katholisch und 672 gemischt. Von den ersteren wurden 232 Paare kirchlich getraut, von den gemischten 227 in den katholischen Kirchen, 152 in den evangelischen Kirchen, 305 Paare begnügten sich mit der Ziviltzung. Davon sind 42 Paare ganz katholisch, 139 Männer mit evangelischer Frau und 124 Frauen mit evangelischem Mann. — Geschieden wurden im Jahre 1921 90 Ehen, wovon 22 Ehen ganz katholisch; 31 Ehen, bei denen der Mann katholisch und 37 mit katholischer Frau. — Aus Ehen, bei denen Katholiken beteiligt sind, wurden 1710 Kinder lebend geboren. Davon aus rein katholischen Ehen 682 Kinder, aus gemischten Ehen 715 Kinder, unehelich 277. Getauft wurden aus katholischen Ehen 679, aus Ehen mit katholischem Vater 82, aus Ehen mit katholischer Mutter 212 Kinder. Ungetauft blieben 3 Kinder aus ganz katholischen Ehen, 74 Kinder aus gemischten Ehen und 18 uneheliche Kinder. Evangelisch getauft wurden von 751 Kindern aus gemischten Ehen 383, katholisch getauft 294.

Pocken in der Schweiz.

Einem Bericht des Eidgenössischen Gesundheitsamts für 1921 ist zu entnehmen, daß in der Schweiz im Vorjahr 596 Pockenfälle, davon 8 tödliche, vorgekommen sind. Die ersten Erkrankungen wurden im März aus Basel gemeldet, im April begannen sie in Zürich. Im Kanton Glarus wurden die ersten Fälle im September beobachtet. Der Impfwang ist in den meisten Kantonen abgeschafft; die Epidemien von 1921 lehren, in welcher gefährlichen Lage die Schweizer dadurch kamen. Es ist interessant, daß nun vom Eidgenössischen Gesundheitsamt wieder mit größtem Nachdruck auf den Nutzen der Impfung hingewiesen wird. Wörtlich ist in dem genannten Bericht zu lesen: „Eine richtige Durchimpfung würde die Pocken ohne weiteres zum Verschwinden bringen würde den Gemeinden, Kantonen und dem Bunde die großen Ausgaben ersparen, die ihnen für Epidemien, wie sie das Jahr 1921 zu verzeichnen hatte, erwachsen.“

erblicken, denn dieses Mal tastete er ihre Gewohnheiten, ihr eigenes Ich an. — Sie erhob sich und zeigte ihm die Kralle.

Mariquita war es selbst, welche ihrem Gatten eine vorzügliche Gelegenheit bot, seinem bedrängten Herzen Luft zu machen. — Abgesehen für ihre Toilette und sonstigen kleinen Ausgaben verwendete sie nämlich große Summen im Spiel. Ihre Intimen wurden ihr ziemlich teuer mit der Zeit. Das tägliche Quinge verschlang Unsummen, von welchen mehr als eine anständige Familie bequem hätten existieren können. Die Verluste der gnädigen Frau gingen in die Tausende. So klug, ja so raffiniert dieselbe auch spielte, so listig sie ihre Pläne anlegte und so vortrefflich sie es verstand, sich zu verstellen — was beim Quinge ja von großem Vorteil ist — so war sie doch eine viel zu leidenschaftliche Spielerin, um auf die Dauer gewachsen wie Graf Waldow, Bärenhof und Kunkelstein zu sein.

Dieser Letztere hatte übrigens seit einiger Zeit seine Morgenbesuche auf ein Minimum eingeschränkt.

„Sieht zwar brillant aus im Affekt, die schöne Frau, ist mir aber unangenehm, sie zu schröpfen“, hatte er gesagt, und so blieb er fort. Die Anderen kannten derartige zarte Strupel nicht und „schröpften“ ruhig weiter.

Zu diesen kleinen Ausgaben hatte Wahlendorf bisher seiner Frau allmonatlich hundert Louisdor gegeben. Wenn diese nicht reichten, bat sie um mehr, und Wahlendorf gab ihr lächelnd, was sie wünschte. Die Tochter des Millionärs, warum sollte die um einige Goldstücke knausern? ... Außerdem, es machte ihm ja so große Freude, ihr zu geben und ihr dabei ihre schönen, nächtigen Augen zu sehen.

(Fortsetzung folgt.)

Zum 50.

Ein best. Schlußblatt

„Und bist du diesen bei?“

Kennen lernt

aufgenommen

Hans

igsten G

punkt mit ih

37

Reise und d

dieses Land

her mit herv

in das Lan

dien. Seine

unfrei letzte

nen. Mein

Grund und

Waldern in u

legen“. Und

sten Seelenf

das Märchen

der Grund“.

brechen, erha

wie wenn d

Walde verfin

38

Nicht sei

Re auch in f

Die Reise

(Greiner u.

zigsten Gebu

aus m e i n

nes Lebens

alten Kloster

Jahrhunderte

hend, sonder

wart, der

Seine schöne

wir dem Fül

wünschen mö

Das Re

Juni 1922 k

lich erhöht u

die im letzten

durch gegen

1. ärztliche

Schwangersch

zu den sonsti

beschwerden i

Krankengeld

von denen m

ten. 4. Solan

des halben K

Umlauf der 1

während der

verbleibenden

mäßigen Geb

Unterhalt des

Frauen, sowie

ten, welche m

Anspruch auf

haben. Als 2

lung, der Wei

geld von 4.50

Familienwoch

9 Monate nach

nur dann, wer

Näher Gemein

Wochenfürsorg

wird bekanntl

bestimmte in

Chemann in

Einkommen u

unter 15 Jahr

chenfürsorge

lung und bei

zu den sonstige

ein Wochenge

kläglich. Die

in Frage, die

Männer resp.

Zu B

an die Finanz

Vordrucke zu

den der ersma

werden soll. Als gefe-
helter 11. August und in
abteufelnd der Kar-
sttage und der 1. Mai
en.

er Presse.
stigte sich heute mit
eines Gefechtes über
age der Presse. Es
t, in dem es heißt:
Gewinnung des Hof-
Berechtigten wird
Verkaufspreises er-
Grundstücken unter
Abgabe ist an die
abzuliefern. Das
1923 geklärt und in
Presse berücksichtigt
verkauft wird eine
end erhoben.

and angelangt.

im Vergleich zu der
Hamburger Hafen-
tag wächst, so hat der
en wieder einen Un-
gen übersteigt. Sind
e mit einem Raum-
amburg angekommen
1913 zur selben Zeit.
Schiffe mit 1 325 744
n Jahre 1913.

Stutt.

Stuttgart wurden im
ten, und zwar 274
den ersten wur-
mischten 227 in den
Kirchen, 305 Paare
on sind 42 Paare
her Frau und 124
gaben wurden im
atholisch; 31 Ehen,
atholischer Frau. —
sind, wurden 1710
atholischen Ehen
der, unehelich 277.
s Ehen mit katho-
Mutter 212 Kinder.
atholischen Ehen, 74
e Kinder. Evan-
gemischten Ehen

tsamts für 1921 ist

596 Pockenfälle, da-
krankungen wurden
sie in Zürich. Im
September beobachtet.
gefasst; die Epi-
die Schweizer da-
Eigenschaftlichen Ge-
auf den Augen der
genannten Bericht
Pocken ohne wei-
meinden, Kantonen
die ihnen für Epi-
e, erwachsen."

Bewohnheiten, ihr

hm die Kräfte.
itten eine vorzüg-
n Luft zu machen.
kleinen Ausgaben
el. Ihre Intimen
s tägliche Quinge
s eine anständige
Die Verluste der
flug, ja so raffi-
stiane anlegte und
en — was beim
sie doch eine viel
er Männern wie
achsen zu sein.
eit seine Morgen-

ne Frau, ist mir

ragt, und so blieb
erte Skrupel nicht

dorf bisher seiner

Wenn diese nicht
gab ihr schädelnd,
warum sollte die
n, es machte ihm
bei ihre schönen,

Aus Stadt und Land.

Calw, den 11. Juli 1922.

Zum 50. Geburtstage Hans Heinrich Ehler's.

Ein beschreibender Wunsch ist es, den dieser schwäbische Dichter als
Schlußblatt in ein Gedichtbuch schrieb:

Leg in den Winkel mich hinein
Und laß mich ganz vergessen sein.
Vertler auch meinen letzten Reim —
Doch wenn du einmal ganz daheim,
Dann kommt auf einmal dir in Sinn:
Es ist wer Liebes in der Stube drin.

„Und bist du einmal ganz daheim“, in solcher Stimmung muß man
diesen beschaulichen, still zurückgezogenen, doch wurzelhaften Poeten
kennen lernen, denn er will ganz weit und tief im Innern der Seele
aufgenommen und beherbergt sein, allwo der Alltag nicht hinkommt.

Hans Heinrich Ehler feierte am 7. Juli seinen fünf-
zigsten Geburtstag. Wie schön, wenn wir an solchem Lebens-
punkt mit ihm kurze Einkehr halten dürfen.

Er nimmt mich auf, ich gehe ein,
Durch eine Tür in schönes Land,
Geführt von eines Weges Band.

Reise und lustig, doch wunderbar durchglüht von Schönheit, bringt
dieses Land in Augen und Sinne ein, dabei „kommt ein stiller Za-
uber mit hervor“, daß wir unwillkürlich gespannt hineinhordern müssen
in das Land, das hinter den Dingen liegt, in das Land der Melo-
dien. Seine Gedichte — in stiller Stunde genossen — schließen sachte
aufre letzte innere Kammer auf „und leise geht's in den gelösten Sin-
nen. Mein Herz ist weit und still“ und „läßt dem Rätsel, das aus
Grund und Wölbung rauscht.“ Ein Zauber rinnt überall aus seinen
Wibern in unsrer Seele offnes Tor.“ „Blumen duften, die wir nicht
sehen.“ Und weiter geht's in dies „schöne Land“, nur noch die fei-
nen Seelenfäden halten Verbindung mit der Außenwelt. Ja, es ist
das Märchenland, denn „so blau scheint nie der Himmel, nie so grün
der Grund“. Und alle Töne, auch wenn sie leidenschaftlicher hervor-
brechen, erhalten in Ehler's Poesie einen schönen Ausklang. Es ist,
wie wenn der letzte Abendglocke Schlag aus dem Dorfe im tiefen
Walde verhallen würde, sich schlafen zu legen:

Du wirst kühler und du wirst auch tiefer,
Bis der Becher nicht mehr reicht zum Grunde.

Nicht seine ganze Poesie liegt in Ehler's Gedichten, wir müssen
sie auch in seinen Prosaschriften suchen: „Briefe vom Land“,
„Die Reise ins Pfarrhaus“ und „Der Hof des Patrizierhauses“
(Greiner u. Pfeiffer, Verlag, Stuttgart). Und nun vor seinem fünf-
zigsten Geburtstage schenkte er uns noch ein neues Werk: „Briefe
aus meinem Kloster“. In der politisch unruhigsten Zeit sei-
nes Lebens ist dieser Poet in die stillen Gewölbe und Gänge des
alten Klosters Maulbronn eingezogen, hat sich in vergangene
Jahrhunderte tief versenkt, dort nicht Ruhe und Einspelung su-
chend, sondern einen festen Glaubensgrund in den Wogen der Gegen-
wart, „der mich hier verbleiben in Not einen Halt gewähren könnte.“
Seine schönen, gültigen Worte zeigen eine edle Herzensbildung, die
wir dem Fünfzigjährigen bis an sein Lebensende so ungetrübt immer
wünschen möchten.

Fürsorge für Wöchnerinnen!

Das Reichsgesetz über Wochenhilfe und Wochenfürsorge vom 9.
Juni 1922 hat die seitherigen Leistungen an Wöchnerinnen wesent-
lich erhöht und erweitert. Es erhalten nunmehr weibliche Versicherte,
die im letzten Jahre vor der Niederkunft mindestens 6 Monate hin-
durch gegen Krankheit versichert gewesen sind, als Wochenhilfe:
1. ärztliche Behandlung, falls solche bei der Entbindung und der
Schwangerschaft erforderlich werden. 2. Einen einmaligen Beitrag
zu den sonstigen Kosten der Entbindung und bei Schwangerschafts-
beschwerden in Höhe von 250 Mark. 3. Ein Wochenlohn in Höhe des
Krankengeldes, jedoch mindestens 6 Mark täglich für 10 Wochen,
von denen mindestens 6 in die Zeit nach der Niederkunft fallen müs-
sen. 4. Solange sie ihre Neugeborenen stillen, ein Stillgeld in Höhe
des halben Krankengeldes jedoch mindestens 8 Mark täglich bis zum
Ablauf der 12. Woche nach der Niederkunft. Stirbt eine Wöchnerin
während der Zeit der Unterstützungsberechtigung, so werden die noch
verbleibenden Beträge an Wochen- und Stillgeld bis zum fahungs-
mäßigen Ende der Bezugszeit an denjenigen gezahlt, der für den
Unterhalt des Kindes sorgt. Wochenhilfe erhalten auch die Ehe-
frauen, sowie solche Töchter, Stief- und Pflegekinder des Versiche-
ren, welche mit diesem in häuslicher Gemeinschaft leben und einen
Anspruch auf Wochenhilfe auf Grund eigener Versicherung nicht
haben. Als Wochenhilfe wird für diese Personen ärztliche Behand-
lung, der Beitrag für die Kosten der Entbindung, sowie ein Wochen-
geld von 450 Mark und ein Stillgeld von 8 Mark täglich gewährt. Die
Familienwochenhilfe ist auch zu gewähren, wenn die Niederkunft
9 Monate nach dem Tode des Versicherten erfolgt. Bei Töchtern aber
nur dann, wenn sie mit dem Versicherten bis zu seinem Tode in häus-
licher Gemeinschaft gelebt haben. Auch die Bestimmungen über die
Wochenfürsorge sind wesentlich verbessert worden. Wochenfürsorge
wird bekanntlich an minderbemittelte Deutsche gewährt. Als Min-
derbemittelte gelten solche Wöchnerinnen, die zusammen mit ihrem
Ehemann in dem Jahre vor der Entbindung ein steuerpflichtiges
Einkommen unter 15 000 Mark hatten, für jedes vorhandene Kind
unter 15 Jahren erhöht sich dieser Betrag um 1500 Mark. Als Wo-
chenfürsorge wird gewährt: Ärztliche Behandlung bei der Entbin-
dung und bei Schwangerschaftsbeschwerden; ein einmaliger Beitrag
zu den sonstigen Kosten der Entbindung in Höhe von 250 Mark und
ein Wochenlohn in Höhe von 450 Mark und Stillgeld von 8 Mark
täglich. Die Wochenfürsorge kommt natürlich nur für jene Personen
in Frage, die nicht selbst gegen Krankheit versichert sind, und deren
Männer resp. Väter einer Krankenkasse nicht angehören.

Zu Vorauszahlungen auf Umsatzsteuer

an die Finanzämter im Wege des Postschaffverkehrs sind besondere
Vordrucke zu Zahlkarten eingeführt worden. Die Finanzämter wer-
den der erstmaligen, in diesen Tagen ergehenden Aufforderung drei

Zahlkarten für die Vorauszahlungen im Juli und Oktober 1922 so-
wie im Januar 1923 beifügen. Die Zahlkarten sind auch am Schaf-
ter jeder Postanstalt erhältlich.

Rein unreifes Obst essen.

An den Obstbäumen zeigen sich nun die werdenden Früchte.
Kirschen und Birnen brechen immer mehr durch und heben sich ab und
zu schon etwas von der Farbe des Laubes ab. Kommt ein starker
Wind, dann zuckt er gewaltig an den Fruchtgehängen und reißt von
den jungen Bäumen die weniger fest sitzenden Früchte ab. Ledere
Buben- und Mädchenmäuler gelassen schon nach den grünen Jung-
früchten, essen davon und werden krank. Darum schaut auf die Kin-
der, verbietet ihnen und belehrt sie!

Wetterbericht für Mittwoch und Donnerstag.

Die Depression hält den neuauftretenden Hochdruck zunächst noch
im Schach. Vereinzelte Störungen werden auch am Mittwoch und
Donnerstag zeitweilige Deckung verursachen, in der Hauptsache aber
wird das Wetter trocken und schön sein.

Nachträgliches von der Landwirtschaftskammer.

(SCB.) Stuttgart, 8. Juli. Bei der Tagung der Württ.
Landwirtschaftskammer berichtete Freiherr Dr. v. Stauffenberg
über die Wünsche der Landwirtschaft betr. die Sonntagsruhe im
Gewerbe. In einer Entschließung wurde gefordert, daß in den
kleineren Städten und Orten des Landes die Läden wenig-
stens an zwei Sonntagen im Monat 6 Stunden lang geöffnet
sein dürfen, soweit die Ladenbesitzer Angestellte nicht in An-
spruch nehmen. — Bezüglich eines Beitrags zur Käserei- und
Vesfrankfurt in Wangen i. A. seitens der Kammer wurde unter
der Bedingung Zusage gegeben, wenn das Unternehmen mehr
landwirtschaftlichen Interessen zugänglich gemacht und der
Landwirtschaft ein entsprechender Einfluß auf die Geschäfts-
führung der Anstalt zugestanden wird.

Der Sport vom Sonntag.

(SCB.) Stuttgart, 10. Juli. Mit dem Fußballsport bleibt
es im Juli still. Unjomehr wird dem Turn-, Wande-
r-, Schwimm- und Rad- und Ruder-sport gehuldet. Vom Freitag
bis Sonntag veranstaltete die württ. Schutzpolizei auf dem
Sportplatz der Stuttgarter Turn- und Sportfreunde große olym-
pische Wettkämpfe, an denen über 500 Kämpfer teilnahmen. Es
handelte sich dabei um Kämpfe im Schwimmen, turnerische
Mehrkämpfe, Leichtathletik, Bogen und Scherathletik. Den
Veranstaltungen wohnten auch u. a. an Justizminister Volz,
Präsident Haag, General Reinhardt, Oberst von Branden-
stein usw. Die Bedeutung dieser Wettkämpfe kommt in den Höchst-
leistungen zum Ausdruck, z. B. Vorsprung 1,06 Meter, Wet-
tsprung 6,34 Meter, Schleuderball 46,40 Meter. In Heilbronn
 fand die Jubiläums-Ruder-Regatta statt, bei der der Ulmer
Ruderklub Donau schöne Erfolge errang, neben dem Manheim-
er Ruderklub. Auch in Bamberg und Pößt fanden große Ru-
derregatten statt. Die Stuttgarter Regatta ist nächsten Sonntag.
In Jüßenhäusen fanden nationale Wettkämpfe in der Leicht-
athletik statt, die zahlreiche Zuschauer anlockten. Endlich fanden in ab-
gelaufener Woche württ. Hochschulfettkämpfe in Tübingen zwi-
schen Studierenden der Hochschulen des Landes in Turnen,
Schwimmen, Leichtathletik usw. statt. Die deutsche Fußball-
Hochschulmeisterschaft wird nach dem Unterliegen der Univer-
sität Freiburg gegen Köln mit 4:2 zwischen Köln und Hanno-
ver ausgetragen.

Gisau, 8. Juli. Nachdem die hiesigen Mitglieder des Schwar-
waldvereins bisher dem Bezirksverein Calw einverleibt ge-
wesen waren, wurde in einer am vorigen Mittwoch von Herrn Schul-
theiß Maulbeth einberufenen Versammlung die Gründung eines
eigenen Bezirksvereins Gisau beschlossen und damit dem schon lange
gefühlten Bedürfnis entsprochen, nicht nur die allgemeinen Schwarz-
waldinteressen, sondern auch speziell die unseres von Touristen und
Kurgästen viel besuchten Ortes auf kürzestem Wege zu betätigen. Zum
Vorsitzenden des Vorstandes, dem ein Ausschuss beigegeben
ist, wurde Herr Schultheiß Maulbeth gewählt. Eine statliche
Anzahl Mitglieder sind bereits eingespungen. Bei Gelegenheit dieser
Neukonstituierung wurde zugleich der seit Ausbruch des Kriegs dar-
niederliegende, gleichartige Ziele verfolgende, Verschönerungs-
verein in die Einsparung halber mit dem neuen Schwarzwaldbezirks-
verein verschmolzen und so auch seinerseits zu neuem Leben erweckt.
Auch das sind Wiederaufbauarbeiten!

Golzbrunn, 10. Juli. Am gestrigen Sonntag gelangten durch das
Pfarramt die Notrufe der Inneren Mission für ihre hart bedrängten
Anstalten in hiesiger Gemeinde mit dem Zweck zur Verteilung, jedem
vor der demnächst stattfindenden Hausammlung die Möglichkeit zu
geben, sich über die finanzielle Not der evang. Liebeswerke in Würt-
temberg zu unterrichten. Am Nachmittag hielt der Kriegerverein seine
Monatsversammlung ab. Unter dem Eindruck der harten Notlage der
Inneren Mission brachte der Vorstand des Vereins bei der Versamm-
lung den Vorschlag ein, sogleich bei den anwesenden Mitgliedern eine
Geldsammlung zu veranstalten. Wie sehr dieser Vorschlag Beifall
 fand, zeigt die schöne Summe von 70 Mark, die heute als erste Gabe
 abgeliefert werden konnte. — Hoffen wir, daß auch die ferneren Wit-
ten an unsere Gemeinde ebenso offene Hände und Herzen finden.
Das Beispiel des Kriegervereins aber sei der Nachahmung empfohlen.

(SCB.) Alkensteig, 10. Juli. (Heidelbeerernte.) Die
Heidelbeerernte liefert mit zunehmender Reife nicht unerhe-
bliche Mengen. Der Preis beträgt hier im allgemeinen 10 Mark
pro Pfund.

(SCB.) Stuttgart, 8. Juli. Der Verband württ. DeL-
müller hielt letzter Tage hier unter starker Beteiligung seine dies-
jährige Generalversammlung ab. Vorsitzender E. Müller-
Ultingen erstattete umfassenden Bericht über die Tätigkeit und Auf-
gaben des Verbands. Als Hauptaufgabe ist die Förderung und Er-
haltung des Vörschafstbaus zu bezeichnen. Das Interesse der
Mitglieder ist rege. Ihre Zahl hat sich gegenüber dem letzten Jahr
nicht geändert. Mit Rücksicht auf die fortschreitende Teuerung wurde
der Schlaglohn auf 3 Mark pro Pfund festgelegt, ebenso der Jahres-
beitrag auf 150 Mark erhöht.

(SCB.) Stuttgart, 8. Juli. (Entlassung von Leh-
rern wegen Kirchenaustritts). Nach der Württ.
Lehrerzeitung sind wegen Austritts aus der Kirche vier Lehrer,
zwei ständige und zwei unständige, entlassen worden. Der Vor-
stand des Württ. Lehrervereins hat bei den zuständigen Stellen
bereits Schritte unternommen, weil er die Entlassung der
zwei ständigen Lehrer für beamtenrechtlich unzulässig hält.

Stuttgart, 10. Juli 1922. Am Freitag nachmittag wurde
im Stuttgarter Handelshof im Beisein von Ver-
tretern der staatlichen, kirchlichen und städtischen Behörden,
der Verbände für kirchliche Kunst und für Kunsthandwerk,
sowie der Presse die Ausstellung für Kirchengüter und Kirchen-
schmuck durch Direktor Wild vom Handelshof feierlich eröffnet.
Ein Gang durch die Ausstellung gab einen Einblick von ihrer
geschmackvollen Anordnung wie von ihrer Reichhaltigkeit und
von der künstlerischen Höhe der ausstellenden Firmen aus ganz
Deutschland.

(SCB.) Stuttgart, 10. Juli. (Musikfest.) Am Samstag
und Sonntag fand hier das 3. Süddeutsche Musikverbandsfest
der Musikkapellen statt, zu dem auch vier Kapellen aus der
Schweiz erschienen waren. Am Samstag war Wettspielen im
Festsaal der Liederhalle, abends Festbankett, bei dem Oberbür-
germeister Dr. Lautenschlager und Staatsrat Dr. Hegelmaier
Begrüßungsansprachen für Stadt und Regierung hielten. Am
Sonntag wurde das Wettspiel der 3 Stufen, wobei Tänze,
Märche und Soli ausgeschlossen blieben, fortgesetzt und nach-
mittags fand ein Festzug von 64 Vereinen mit 40 Musikkapellen
durch die König- und Redarstraße nach dem Cannstatter Wasen
statt, wo in Massen- und Einzelmusikvorführungen Darbietungen
erfolgten. Der mächtige Festzug erregte großes Aufsehen und
lockte viele auf den Wasen. Abends war Ball.

(SCB.) Tuttlingen, 8. Juli. (Die neue Vollverside-
rung der Donau.) Professor Dr. R. Endrich teilt über den
Vollzug der nunmehr wieder eingetretenen Scheidung des Dona-
stufes in Schwarzwaldbonau und Albonau folgendes mit: Nach-
dem schon am Abend des 8. Juni auf etwa 1 Stunde und in der
Nacht vom 15. auf 16. Juni auf einige Stunden der Donauauf
unterbrochen, durch größere Störungen infolge Gewitterregen mit
Wasser bis etwa 30 Sek.-Kubikmeter Stärke jedoch wieder gefüllt
worden war, ist am 1. Juli abends die erste andauernde Vollverside-
rung dieses Jahres eingetreten. Die Hauptversickerung erfolgte im
Gegensatz zu früheren im Brühl. Erst Tags darauf trocknete eine
Vollversickerung der Donau von 2 1/2 Kilometer fast gänzlich aus. Dieses
verhältnismäßig sehr rasche Zurückweichen bezw. Bettaufwärtsrücken
der Schwarzwaldbonau ist eine Neuererscheinung und läßt vermuten,
daß auch heuer wieder die Rückverlegung der Schwarzwälder Donau
bis Jmmenbingen sich einstellen wird. Die Sinklöcher am Hattinger
Weg haben eine gewisse Sperrung erfahren. Sie sind angefüllt mit
zahlreichen Fischen mittlerer Größe, die halb der Verwesung anheim-
fallen werden. Kleine verendete Fische, meist Hechte liegen vielfach
im ganzen Bett zerstreut. Krähen säubern bereits das Bett von dem
angesammelten Aas. Der Eindruck des abgestorbenen Flußbets mit
den verwesenden Wasserpflanzen und Tierleichen ist grauenerregend.

(SCB.) Tettnang, 8. Juli. Vom Unglück verfolgt
ist die Familie Gerold in Digtshofen. Vor einigen Jahren
wurde ihr die älteste Tochter im jungen Alter entzissen. Ein
Sohn fiel auf dem Felde der Ehre. In den letzten Monaten
starb der Vater, kurz darauf die junge Gattin nach Operation
im Alter von 25 Jahren. Vor einigen Tagen stürzte der junge
Besitzer Gerold vom Heuboden ab in eine eiserne Gabel, die ihm
die Lunge durchschlug. Der Bedauernswerte liegt im Kranken-
haus in Friedrichshafen.

(SCB.) Musbach M. Saulgau, 8. Juli. (Pfalzba-
funde.) Bekanntlich wurde letzten Herbst bei Musbach ein
sehr schönes Steinbeil aus der Zeit der Bandkeramik (etwa 2200
v. Chr.) gefunden. Dieses Frühjahr konnten nun im Ried zahl-
reiche Funde von Pfalzbauten gemacht werden. Unter einer
1,4 Meter dicken Torfschicht stieß man auf eine Masse prob-
förmiger Toncherben, die einer lehmigen Schichte aufgelagert
waren. Genaue Durchsichtung eines Teils der Kulturschicht er-
gab eine Menge neuer Scherben; auch Feuersteinwerkzeuge,
insbesondere schöne Pfeilspitzen, Knochen und Zähne wurden
gefunden. In letzter Zeit besuchte Dr. Reinerth vom urge-
schichtlichen Forschungsinstitut der Universität Tübingen die
Fundstelle. Er wies die Funde in die mittlere Pfalzbauezeit,
genauer in die Zeit von 3000—2800 v. Chr., ein. Im Laufe
des Spätherbstes soll nun hier und an der Fundstelle des Stein-
beils gegraben werden.

(SCB.) Friedrichshafen, 10. Juli. (Ueberfall auf einen
Bauernhof.) Am Freitag morgen drangen zwei junge
Burschen in den an der Straße Tettnang-Langenargen gelege-
nen, schon zu Langenargen gehörigen Wielandshof ein, festle-
ten und kniebelten unter Vorhalt von Revolver und Dolsch die
allein anwesende, 43 Jahre alte Frau Wieland und durchsach-
ten sodann das ganze Haus nach Geld und Wertfachen. Es
fanden den Räubern 2800 Mark bares Geld in die Hände, ferner
nahmen sie Kleider und Wäsche im Wert von 14 000 Mark mit,
sowie Lebensmittel. Nachdem die beiden sich auch noch unge-
zogen hatten, verließen sie das Haus und flüchteten durch den
nahen Wald in der Richtung Eriskirchen. Von dort aus fuhr-
ten sie mit der Bahn nach Radolfzell und als sie bei der
Ankunft ihr ausgegebenes Gepäck, bestehend aus den geraubten
Sachen, in Empfang nehmen wollten, wurden sie verhaftet. Die
Täter, anscheinend aus Oesterreich stammend, wurden dem
Amtsgericht Radolfzell zugeführt. Die überfallene Frau Wie-
land konnte sich nach einiger Zeit von ihren Fesseln befreien und
die auf den nahen Feldern und an der Straße arbeitenden
Leute von dem Vorfall verständigen, die alsbald die Verhaf-
tung der Täter einleiteten.

Sendet deutsche Zeitungen
ins Ausland!

Vom württ. Städtetag.

Württemberg. Städtetag und Landessteuergesetz.

(Stuttg.) Stuttgart, 6. Juli. Die Vollversammlung des Württ. Städtetags im großen Rathausaal wurde von dem Vorsitzenden, Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager mit Begrüßungsworten an die Städtevertreter, den Finanzminister Dr. Schall, die Vertreter der Ministerien des Innern und der Finanzen, des Württ. Gemeindetags und die Abgeordneten aller Parteien des Landtags eröffnet. In einer Ansprache zeichnete dann Dr. Lautenschlager die schwierige finanzielle Lage der Städte. Die Gemeindefinanzen beginnen sich zu leeren, sie tun schwer, Kredit zu bekommen. Reich und Länder graben sich das Grab, wenn sie den Jellen das Lebenslicht ausblasen. Die finanziellen Verhältnisse sind so unsicher als möglich, wie sich jetzt bei der Staatsaufstellung der Gemeinden zeigt. Es handelt sich zum erstenmal um Defizit. Die Aufrechterhaltung der Wirtschaft ist in der Tat nicht mehr möglich, man kommt zum Schuldenmachen und damit zum Anfang von Ende einer geordneten Wirtschaft. Redner bespricht dann die Sparmaßnahmen, die die Gemeinden bereits durchgeführt haben. Auch beim Personal, das aufreißende Arbeit zu leisten habe. In Stuttgart habe man statt 2376 Beamten im Jahr 1914 nun 3256 Beamte, die durch neue Gesetze notwendig wurden (Wohnungsgesetze, Fürsorgeämter usw.). Die Gemeinden müssen leistungs- und kreditfähig erhalten werden. Oberbürgermeister Lautenschlager wendet sich kritisch gegen die neuen Steuergesetze. Wenn der Staat den Kredit der württ. Gemeinden herabdrückt, so entsteht großer Schaden. Die Machtverschiebung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden dürfe nicht das Gefühl auslösen, daß letztere benachteiligt und unterdrückt werden. Wir können nicht die Zustimmung geben, daß jetzt, wo der deutsche Städtetag darauf hinwirkt, daß das Landessteuergesetz herauskommt, in Württemberg ein Abänderungsgesetz zum Landessteuergesetz für die Zukunft gemacht wird. Anders ist es, wenn man nur die Verhältnisse von 1920 und 1921 regelt. Das Reich muß das neue Landessteuergesetz rasch schaffen, damit die Länder das Ausführungsgesetz für 1922 und die folgenden Jahre fertigstellen können. Wenn den Städten das Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer zugestanden wird, kann es besser werden, aber nicht mit einer Beschränkung der Umlage. Dazu ist nötig eine Einwirkung auf die Reichsregierung. Das ist die einstimmige Überzeugung des Deutschen und auch des Württembergischen Städtetags. — Reichsrat Dr. Franz, Geschäftsführer des Württ. Städtetags, behandelt in eingehenden Ausführungen den Entwurf einer 3. Änderung des Landessteuergesetzes. Für die Jahre 1920, 1921 und 1922 sei eine völlige unterschiedliche Regelung vorgesehen. Für 1921 wird die Verteilung des Anteils an der Einkommen- und Körperschaftsteuer auf Grund der Verteilung von 1919 zugunsten einer Steigerung von 60 Proz. bemessen. Für 1922 ist das Aufkommen von 1921 maßgebend. Das Reich erhält ein Drittel, den

Rest Staat und Gemeinden. Über diese Verteilung bestehen Streitpunkte, zumal der Staat die Gemeindeumlage auf 20 Proz. beschränken will. Die Regelung für 1920 und 1921 wird auf Grund der bestehenden Gesetze von den Städten anerkannt. Für 1922 wird eine vorläufige Regelung abgelehnt, bis das Reichsgesetz vorliegt. Der Redner begründet dann folgende Leitsätze: 1. Die Verringerung des württ. Ausführungsgesetzes zum Landessteuergesetz im jetzigen Augenblick muß auf das unumgänglich notwendige Maß beschränkt bleiben. 2. Notwendig ist die Verteilung des Mehranfalls an Reichsteuern 1920 und die Festsetzung der Zuschläge zum Grundlasten bzw. des steuerbaren Betrags des gewerblichen Reinertrags. Für das Jahr 1921 ist die Regelung durch das bestehende Recht bereits gegeben. Es widerspricht Recht und Billigkeit und enthält eine vollständige Verringerung der Finanzlage der Gemeinden, wenn versucht wird, sie in ihren Steueranteilen gegen früher weitgehend zu verkürzen und diese Verkürzung sogar auf die Vergangenheit zu erstrecken. 3. Besonders nachteilig wirkt für die Gemeinden der Vorschlag des Finanzministeriums, für 1922 die Gemeinden nach dem Aufkommen im Rechnungsjahr 1921 an den Reichsteuern zu beteiligen. Dieser Vorschlag steht in direktem Widerspruch zum Landessteuergesetz. 4. Praktisch undurchführbar und in der Auswirkung mit den größten Mängeln behaftet, ist der Vorschlag des Finanzministeriums, dem Ausgleichsstock hundert Millionen zuzuführen. Die Mittel des Ausgleichsstocks müssen auf unzweifelhaft bedürftige Gemeinden beschränkt bleiben. 5. Für die Verteilung des Mehranfalls an Reichsteuern für 1920 wird vorgeschlagen, die für 1920 im Artikel 2 des geltenden Gesetzes vorgesehene Erhöhung von 10 auf 30 Prozent hinaufzusetzen. Dadurch würden alle Gemeinden mit mehr als 12 Proz. Gemeindeumlage eine weitere Zuweisung erhalten. — Finanzminister Dr. Schall erwidert auf Ausführungen der Vortrager. Aus der Konkurrenz über die Verteilung des Steueranteils zwischen Staat und Gemeinden entstehen Schwierigkeiten, aber der Staat hat auch die finanziellen Interessen der Gemeinden gewahrt als selbstverständliche Pflicht. Das Finanzministerium dürfe nicht als Angeklagter behandelt werden, von einer „Irreführung“ könne keine Rede sein. Es war ein Akt der Notwehr, daß das Finanzministerium die Presse unterrichtete, weil die Stadt einen Vorentscheid des Ministeriums zum Gegenstand einer öffentlichen Besprechung machte. Erst in der Herbsttagung wird der Reichstag die landessteuerliche Regelung verabschieden. Die Erhöhung des Anteils an der Gemeindesteuer von Zweidrittel auf Dreidrittel kann in Aussicht genommen werden, nicht aber die des Anteils der Umlagesteuer. Diese Sachlage zwang in Württemberg eine interministerielle Regelung zu treffen durch ein Abänderungsgesetz zum Landessteuergesetz. Einsparungen können in Württemberg nicht wohl gemacht werden, weil bisher schon sparsam gewirtschaftet wurde. Der Entwurf will die Steuerverteilung nur für 1920—1921 regeln. Die Verabschiedung des Gesetzes ist nur ein Fiktion, weil wir nicht warten können bis das Reichs-

gesetz verabschiedet ist. Wenn schon für 1920 und 1921 die bestehende Regelung nicht ganz aufrecht erhalten werden konnte, so noch weniger infolge der veränderten wirtschaftlichen Lage für 1922. Der Umweg über den Ausgleichsstock ist ein Notweg, von dessen Unzulänglichkeit das Ministerium selbst überzeugt ist. Auch die neue Regelung nimmt für den Staat nicht mehr in Anspruch, als er schon früher erhielt. Der Minister begründete dann die Forderung der Begrenzung der Gemeindeumlage. Dann verteilte Ministerialrat Dr. Dehlinger weiter den Regierungsentwurf.

Beschlüsse des Städtetags.

(Stuttg.) Stuttgart, 7. Juli. In der Vollversammlung des württ. Städtetags wurden die mitgeteilten Leitsätze zur Änderung des Ausführungsgesetzes im Landessteuergesetz angenommen, ferner ein Antrag Dr. Schwamberger, darauf hinzuwirken, daß die Verteilung des Steueranteils für 1922 durch Reichsgesetz erfolgt und der Landesgesetzgebung entzogen wird, ferner ein Antrag Scheef-Lübigen, dafür einzutreten, daß den Gemeinden das Recht gegeben wird, selbständige Zuschläge zur Reichseinkommensteuer zu erheben und die württ. Regierung zu ersuchen, im gleichen Sinne bei der Reichsregierung und im Reichsrat zu wirken.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

* Der Dollar galt gestern 525,60, der Schweizer Franken 101,60 Reichsmark.

Getreidepreise.

(Stuttg.) Reutlingen, 10. Juli. Die Fruchtschranne notierte am Samstag folgende Zentnerpreise: Weizen (verkauft 22,52 3/4), 1200 M., Gerste (15,56) 1050—1150 M., Haber (23,62) 900—1000, alter Dinkel (35,97) 1050—1100, Roggen (2,60) 900 Mark.

Landesproduktenbörse.

(Stuttg.) Stuttgart, 10. Juli. Durch die erneute starke Entwertung unseres Geldes sind alle Artikel im Preis gestiegen. Händler und Müller bekunden große Zurückhaltung. Mit dem Schnitt der Wintergerste wurde in vergangener Woche begonnen. Am 10. Juli notierten nominell je 100 Kilog. ab württ. Stationen Weizen, je nach Reifezeit 2400—2450 (letzte Notierung am 26. Juni 1800—1840), Hafer 2000—2050 (1500—1550), Weizenmehl Nr. 0 3500—3550 (2525—2550), Brotmehl 3200 bis 3250 (2200—2250), Kleie 1300 (930—950). Heu und Stroh waren nicht notiert.

Für die Schriftleitung verantwortlich: J. W. W. Rudolph, Calw. Druck und Verlag der A. Celschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Anlässlich der
Neupflasterung
der unteren Lederstraße
wird auch die
Gasleitung selbst neuverlegt.
Kleinere Betriebsstörungen in
der Gasversorgung sind dabei
nicht zu vermeiden.
Wir bitten, hiervon gefl. Kenntnis nehmen zu wollen.
Städt. Gaswerk Calw.

Gemeinde Bergorte Oberamts Calw
Nadelstamm-Holzverkauf
im schriftlichen Aufsteig
am Samstag, 15. Juli 1922 nachm. 1 Uhr
auf dem Rathaus in Michelberg.
Los Nr. 1 Dist. I Melftern Abt. 3
Langholz Fm. 15,19 II., 41,93 III., 28,03 IV., 14,14 V.,
1,44 VI. Klasse.
Sägholz Fm. 2,45 I., 4,81 II., 2,72 III. Klasse.
Los Nr. 2 Dist. I Melftern Abt. 3
Langholz Fm. 16,31 I., 28,85 II., 43,47 III., 22,52 IV.,
13,59 V., 0,20 VI. Klasse.
Sägholz Fm. 7,97 I., 13,85 II., 2,92 III. Klasse.
Bedingungslos, schriftliche Angebote auf die einzelnen
Lose sind, in Prozenten des Fortpreises für 1922 ausge-
drückt, bis spätestens Samstag, den 15. Juli 1922
nachmittags 1 Uhr, zu welchem Zeitpunkt die Öffnung der
Angebote stattfindet, bei dem Schultheißenamt einzureichen.
Auskunft erteilt Waldschütz Federmann hier.
Gemeinderat.

Mein Laden
bleibt vorerst
Dienstag und Freitag
vormittags geschlossen
Friedrich Daur in Calw.

Ich bin Befreit
allen Hautunreinheiten u. Hautausschlägen, wie Blößen,
Pimpeln, Pickeln, Hautrötten usw. durch tägl. Gebrauch der echten
Neckenpferd-Teerschwefel-Seife
von Bergmann & Co., Radebeul. Überall zu haben.
Zu haben in Calw: H. Beissor, Kaufm.; Friedr. Lamparter,
Kol.-Waren; J. Odermatt, Friseur; Wilh. Winz, Friseur.

Die Mütterberatungsstunde
findet nicht morgen, sondern
ausnahmsweise erst in der dritten Juli-
Woche, nämlich am 19. Juli, statt.

Zur Ausführung von
Blikableiter
System Findeisen
empfiehlt sich bestens
Otto Ragenmaier, Bad Liebenzell
Kostenanschläge gratis. Fernsprecher 60.

Gemeinde Bergorte Oberamts Calw
Holz-Verkauf
Am Samstag, 15. Juli 1922 nachm. 3 Uhr
kommen auf dem Rathaus in Michelberg
im öffentlichen Aufsteig folgende Hölzer in verschiedenen Losen
aus der Waldabteilung Distrikt I. Abt. 3 u. 6 zum Verkauf:
47 Km. Röhler
16 " Prügel
74 " Anbruch (tannen)
2 " " (eiche)
Gemeinderat.

Mais,
Weizenbrotmehl,
Haferschnitzmehl,
Melassejutter,
Garbenbänder,
Senf, anst.,
Herbststrübsamen,
Inkarnat-Klee,
Luzerne
empfiehlt
Otto Juna, Calw.

Geldbeutel
mit Inhalt
verloren.
Der ehrliche Finder wird
gebeten, denselben gegen gute
Belohnung auf der Geschäfts-
stelle dieses Blatt. abzugeben.

Verloren
ging vor 14 Tagen am
Marktplatz
ein Gebiß
mit drei Zähnen.
Abgegeben bei H. Köhm
gegen gute Belohnung.
Dobulach.
Gefunden wurde eine
silb. Herrenuhr
samt Kette.
Abzuholen gegen Erlass der
Kosten bei
Martin Kugele, z. Adler.

Kleie
Futtermehl
empfiehlt
F. Nonnenmacher.
80000 Mk.
zur Erstellung eines Wohn-
hauses auf 1. Hypothek
sucht aufzunehmen.
Gottlieb Volz, Monteur,
Altulach.

Gesucht
wird zu baldigem Eintritt
jüngerer
Bursche
für Brauerei und
Landwirtschaft.
Brauerei Hüller.
1 Glucke
mit 8 Küken
Rheinländer zu verkaufen.
Lederstraße 151.

Der Bezirkswirtschaftsberein Calw
ist gezwungen seine
Preise ab heute
wie folgt festzusetzen:

Wein 1/4 Liter 16 Mk.
Qualitätsweine entsprechend höher.
Mittagessen im Abonnement 35 Mk.
Diese Preise sind Mindestpreise und
entsprechen rechnermäßig der Stei-
gerung der Wein u. Lebensmittelpreise.
Der Ausschuß.

Färberei Büßing Stuttgart
färbt und reinigt alles schön und gut.
Annahmestelle: W. Entenmann, Leder-
str. 91

Tüchtiger,
nicht zu junger
Hausbursche
für sofort oder 1. August
ge sucht.
Alte Apotheke Calw

Jüngerer
Bäcker
für sofort gesucht.
Zu erfragen in der Ge-
schäftsstelle ds. Bl.
2-3 tüchtige
Maler-
Gehilfen
für sofort gesucht.
Bernh. Groth, Maler-
geschäft, Bad Liebenzell,
Karlstraße 103.

Zimmer
von solidem Herrn gesucht
auf 20. 7. oder später.
Angeb. a. d. Geschäftsst.
ds. Blattes.
Viola
zu verkaufen oder gegen
Blotie zu tauschen.
H. Kiefer, Calw,
Bischhofstr. 400 II.
Einen gut erhaltenen
• Herd •
104 cm lang, 73 cm breit
zu verkaufen
E. Walz, Baugeschäft,
Calw.
Schulpläne
sind in der Geschäfts-
stelle dieses Blattes
das Stück zu 1 Mark
erhältlich.

Nr. 15
Erstaus-
gaben M.
Im Minde-
Erpionden-
schen sein.
Der Steueran-
Zwangs-
70 Milli-
Im Reichstag
gegenwärtig
seht, daß di-
Der Reichs-
ab, in der u-
glicher des
seht wird
bis zum 27.
Im Berlin
folgt. Die
lungen finde-
Die Verhandl-
Kommission
vormittag an-
Nach einer M-
Nachricht, A-
mit einer in-
then anderen
Newyork ver-
von Verhand-
schwach sei-
Gestern vormit-
der internati-
der Zufahrt
Diese tritt
Frankreich, S-
Serbien, Si-
General Perov-
Die F-
Vor ein-
Paris, 11.
der Vertreter
im Anschluß
Staatssekretär
Poincaré
gen jedes Wic-
Erörterung de-
die französische
nem Bericht e-
Zusammenkunft
Behandlung v-
deres Zugesam-
gegen einen e-
schafterrat zeit-
ständigen angu-
daß irgend ein
stattfinden kö-
London, 11.
Pariser Verh-
der Postit Gr-
für eine Unte-
zahlungen ein-
Man glaube, d-
gischen Premi-
minister und
deutsche Finanz-
hen und Oblige-
erörtert werden
London, 12.
daß Ministerprä-
Lage in Deutsch-
Monats zu ein-
kommen, sonder-
schen und des